

## Belagerungszustand

fort. Ein Zentrumsabgeordneter führte aus, die Regierung solle offen auftreten und Artikel, die als offiziöse erkennbar seien, in die Presse geben, die für sie auch die Verantwortung übernehme. Gegenüber dem Erlaß des preussischen Ministers des Innern möchte der Redner eine abwartende Stellung einnehmen, um zu sehen, wie die Sache laufe. Die Zensur sei aus rein militärischen Erwägungen entstanden. Die Einrichtung des Kriegspresseamtes habe keine Besserung gebracht. Das Kriegspresseamt sollte falschen Nachrichten entgegenreten, die im Auslande absichtlich zur Verbreitung in Deutschland hergerichtet werden. Ueber die großartigen Siege in Serbien sei im Auslande, insbesondere in Amerika, eigentlich nichts bekannt geworden. Man sollte weniger zurückhaltend sein, Pressevertreter, auch ausländische, an die Front zuzulassen. Nach dieser Richtung hin könnte das Kriegspresseamt günstig wirken. Verbote seien gegen Zeitungen aller Richtungen vorgekommen, ebenso Unterdrückungen von Tagesbeschlüssen und Korrespondenzen. Der Burgfriedensbrecher sei immer im Vorteil, weil seine Abwehr nicht zugelassen werde. Der nationalliberalen Resolution stimme das Zentrum zu. Der Antrag der Sozialdemokraten, wonach Zeitungsverbote nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen dürften, habe seine Bedenken, weil er nicht durchführbar sei. Die wirtschaftliche Schädigung der Blätter durch Verbote sei gewaltig. Schon darum solle man etwas enthaltener sein, umso mehr als meist nur ein Versehen und kein böser Wille vorhanden sei. Gut wäre es, wenn die Zensoren erst eine Instruktionszeit im Zeitungsbetrieb durchmachen. Vielleicht könnte man auch invalide Redakteure als Zensoren anstellen.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter legte dar, daß alles geschehen müsse, was geschehen könne, um uns in diesem Kriege zum Siege gelangen zu lassen. Unterdrückungen der öffentlichen Meinung durch die Zensur dienen nicht diesem Endziele, im Gegenteil militärische Nachrichten müßten geprüft werden. In dieser Beziehung vertraue er sich restlos dem Militär an. Die Befehle der Zensorenposten gebe zu den schwersten Bedenken Anlaß. Der gute Wille, gepaart mit Unkenntnis und Unfähigkeit, habe viel Unheil angerichtet. Zu bedauern sei, daß durch die Maßnahmen der Zensur der gute Wille zum Durchhalten nicht gestärkt wurde. Wenn Repressalien gegen Engländer nötig seien, sollte man doch Engländer und nicht Deutsche treffen, wie es durch die Internierung in Rußland vielfach geschehen sei. Man sollte doch die Wirkungen solcher Maßnahmen bedenken. Als Kriegsmassnahmen führe man, wenigstens für die Dauer des Krieges, vorwiegend allgemeine Wünsche der Polizei durch. Bisher habe das Berliner Polizeipräsidium sein Ziel, auch geschlossene Gesellschaften unter die Polizeistunde zu stellen, nicht erreichen können. Jetzt sei ihm das mit Hilfe der militärischen Behörde gelungen. Ebenso verhalte es sich mit dem Tanzverbot. Böllige Aufhebung des Vereinsrechtes sei viel ernster zu beurteilen, weil diese Maßnahme verbittert und die Freudeigkeit durchzuhalten schädige. Geistige Arbeit vertrage nicht die Schulmeistererei von Deuten, die von diesen Dingen nichts verstünden. Die Massenhaftigkeit der Verordnungen auf dem Gebiete der Presse müssen zu fortwährenden Reibungen führen. Im Interesse der Landesverteidigung und des Willens zum Durchhalten müsse diesem Zustande ein Ende gemacht werden.

Die nationalliberale Resolution würde nichts nützen, der Redner habe nichts dagegen, wenn die Regierung offen in der Presse ihre Meinung sage. Der Böbellische Erlaß wolle aber mehr und anderes. Die Drohung, ein Blatt unter militärische Zensur stellen zu lassen, wenn es bestimmte Artikel bringt, trage juristisch einen Charakter, über den jeder Referendar sich im Klaren sein müsse. Sogar Verse von Goethe seien als staatsgefährlich gestrichen worden. Es wurde verboten, im Reichstage gehaltene Reden zu verbreiten; das sei des Parlaments nicht würdig, schade unserem Ansehen. In Bayern sei die Freizügigkeit der Landarbeiter durch Militärbehörden aufgehoben worden. Eine Mitteilung darüber in dem Fachblatt der Landarbeiter wurde verboten. In anderen Blättern war sie gestattet. Als im „Vorwärts“ der sozialdemokratische **Partei Vorstand** angegriffen wurde, habe

die Erwiderung des Parteivorstandes nicht abgedruckt werden dürfen. Die Kriegziel-Eingabe der sechs Verbände und eine gegen die Reichsregierung gerichtete Rede des Landtagsabgeordneten Fuhrmann würden heute noch verbreitet, Erwiderungen darauf jedoch verboten. Wenn die Erörterung der Kriegsziele freigegeben würde, so würde zweifellos auch viel Unsinn geschrieben und geredet werden. Aber der Schaden, der dadurch entstünde, schein geringer zu sein, als der durch die heutigen Zustände herbeigeführte. Nicht immer im Kriege habe die deutsche Presse aller Richtungen politische Reife bewiesen, vielfach habe man erörtert, wie groß der Braten sein werde, ehe man den Hasen erlegt hätte. Die Handhabung der Zensur sei schuld, wenn falsche Auffassungen über die Lage entstehen. Die öffentliche Erörterung der Kriegsziele könnte nur nach innen und außen nützen. Der Redner tadelt noch die Unterdrückung der Äußerungen der sogenannten Pazifisten und schließt mit der Bemerkung, daß die Stimmen der Vernunft, die auf die nach dem Kriege notwendige Wiederverständigung der Völker im Interesse der Kultur hinweisen, sich mehreten.

Der Ministerialdirektor des Reichsamts des Innern führt aus, es sei gesagt worden, der Belagerungszustand sei überflüssig, die bestehenden Gesetze genügen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung und zum Schutze militärischer Geheimnisse. Die Regierung könne diese Auffassung nicht teilen. Nur die Zensur und der Belagerungszustand könnten verhindern, daß Mitteilungen in die Presse kommen, die schädlich sein könnten. Auch die Sicherung der Ernährung und der Rohstoffbeschaffung sowie die Bekämpfung des Wuchers wären ohne Belagerungszustand nicht ausführbar gewesen. Daß Mißgriffe bei der Handhabung der Zensur vorgekommen seien, solle nicht bestritten werden. Die Ursache liege schon in der Schwierigkeit der Sache, und es sei und werde alles mögliche geschehen, um Wiederholungen zu vermeiden und Besserungen herbeizuführen. Die Regierung hoffe, daß allmählich ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Presse und Zensur möglich sein werde. Die in der nationalliberalen Resolution vorgeschlagenen Maßnahmen scheinen dem Ministerialdirektor nicht durchführbar. Der sozialdemokratische Zusatzantrag betreffend Zeitungsverbote sei ganz unnötig und undurchführbar. Der Vorredner habe durch seine Ausführungen eigentlich die Notwendigkeit der Zensur dargelegt.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter bespricht die Erlasse des preussischen Ministers des Innern und die gestern dazu verlesenen Erklärungen. Der heutige Vertreter des Ministers sei in Widerspruch geraten mit dem Vertreter von gestern. Die Regierung müsse das Recht haben, zu jeder Zeit ihre Meinung in der Presse zum Ausdruck zu bringen. Es müsse aber erkennbar sein, daß es sich um eine innere Angelegenheit Preußens handelt. Der Reichstag habe aber an diesen Erlassen ein dringendes Interesse. Früher wurde gesagt, daß die Regierung über den Parteien stehe. Damit ließen sich diese Erlasse nicht in Einklang bringen. Die Schaffung eines Apperates der offiziellen Kandidaturen ergebe, könne der Redner und seine Partei nicht billigen. Sie stimmen dem nationalliberalen Antrag zu. Auch dieser Redner führt Einzelfälle über das Einschreiten der Zensur an und erklärt, es sei nicht mehr bloß Zensur, sondern Zwangsredaktion, wenn man die Presse zwingt, bestimmte Artikel abzu drucken. Derartige lasse sich auch nicht aus dem Gesetz von 1851 rechtfertigen und sei einfach ungesetzlich. Die Uniformität der Presse mache den Eindruck, als ob sie überhaupt nichts Selbständiges mehr brächte. Die Zensur verbietet einmal, was sie ein andermal erlaubt. Mehr Gleichmäßigkeit wäre wünschenswert. Der Redner begründet folgende Resolution:

Den Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß jedenfalls Fragen der inneren Politik und der Handelspolitik der Prezensur nicht unterworfen werden.

Schließlich wendet sich der Redner noch gegen die Angriffe eines besonders auf rassistheoretischem Gebiete bekannten Schriftstellers aus dem Reichstag und erklärte, es sei wünschenswert, daß solche Presseäußerungen unterdrückt würden, die im Auslande unglaublich schädeten. Darauf vertagte der Ausschuss die Weiterberatung auf Mittwoch vormittag.

Zu den Zensurfragen haben die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei in der Budgetkommission des Reichstages einen Antrag gestellt, dahingehend, daß alle Fragen der inneren Politik und der Handelspolitik der Zensur nicht unterworfen sind.